

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 3

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

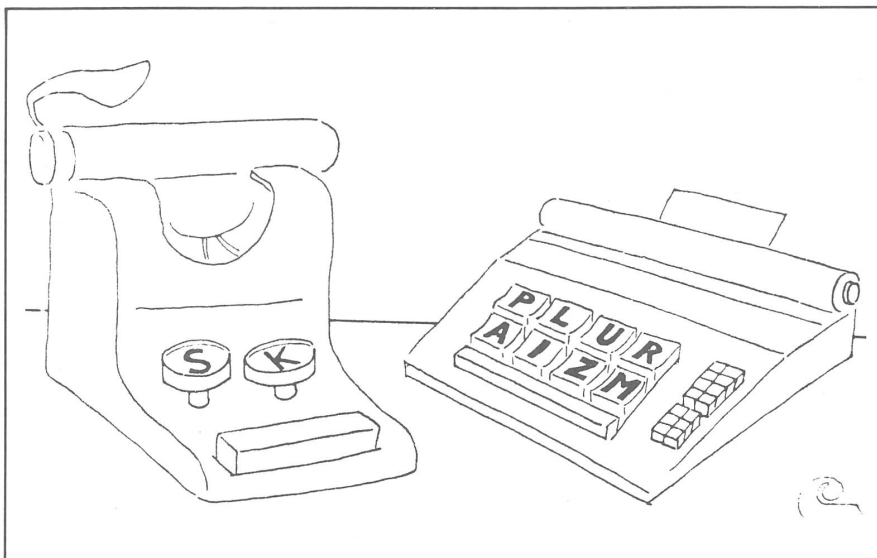
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die serbischen Kommunisten versus Pluralismus. («Borba», Belgrad, 26. 1. 1990)

Die Partei selbst hatte in Belgrad mit einem ZK-Exekutivkomiteeentschluss 1959 die Weichen auch für den Staat in diese Richtung gestellt. Es postulierte unabdingbare Identitätsrechte für die nationalen Minderheiten in den jeweiligen Nationen, verlangte einen annähernden nationalen Proporz in allen gesamtstaatlichen Führungsgremien, die Zweisprachigkeit sämtlicher Institutionen in dopsprachigen Gebieten und so weiter. Die Partei sah in alledem eine Erleichterung im Umgang mit der jeweiligen Bevölkerung und keine Bedrohung. Titos Machtfülle war unantastbar, und der keineswegs föderative Sicherheitsdienst konnte jedermann zur Raison oder schlimmstenfalls zu Tode bringen, der auf den Gedanken gekommen wäre, seine Rechte zu «missbrauchen».

Die Verfassung von 1974 verfestigte formell Selbstverwaltung und Dezentralisierung. Sie garantierte das Recht auf muttersprachlichen Unterricht vom Kindergarten an bis zur Universität. Gleichzeitig erklärte sie alle Sprachen sowohl der Nationen als auch der Nationalitäten für gleichberechtigt. Damit sind diese Sprachen alle auch für den amtlichen Gebrauch zugelassen. In Kroatien, Mazedonien und Slowenien gibt es eigene Nationalitätenkomitees bei den örtlichen Organen der Arbeiterselbstverwaltung, deren Statuten von dieser verfassungsrechtlichen Möglichkeit auch Gebrauch machen.

Laut Artikel 64 sind die Nationalitäten auf ihren Territorien mit der jeweiligen Staatsnation in allen lokalen Angelegenheiten gleichberechtigt. Und in Artikel 247 heisst es, dass zum (alleinigen) Zwecke der nationalen Selbstverwirklichung (usw.) auch ein Recht auf Gründung von entsprechenden Organisationen bestehe. Damit war die Gründung von politischen Oppositionsgruppen und dergleichen zwar ausgeschlossen, aber gleichzeitig war die nationale Tarnung

für politisch gemeinte Gruppierungen geradezu einladend vorgegeben.

... leiden an Überbeanspruchung

Auf jeden Fall hat die Verfassung von 1974 die Kompetenzen von Republiken und Autonomen Provinzen so erweitert, dass eine zentrale Lenkung von Politik und Wirtschaft direkt verunmöglicht werden kann, wenn die beteiligten Partner ihre verfassungsmässigen Rechte voll in Anspruch nehmen. Solange Tito lebte, konnte er mit den Mitteln einer funktionierenden Diktatur dafür sorgen, dass sich die nationale Selbstverwirklichung im folkloristischen Rahmen hielt. Das aber liess sich nach seinem Tod immer weniger gewährleisten, und heute entfalten die (eigentlich übertriebenen) Souveränitätsrechte der föderativen Gliederungen ihre volle politische Brisanz.

Wie gesagt stellt die Verfassung (Art. 45) die Nationalitäten den Nationen gleich, und auch den beiden autonomen Provinzen in Serbien sind weitgehende Rechte zugesichert. Dass diese auch praktisch in Anspruch genommen werden können, ist im Falle von Kosovo in den letzten Jahren klar geworden, und seit 1987 versucht Serbien die diesbezüglichen Bestimmungen ausser Kraft zu setzen. Die Serben sind die grösste Nation, und die Pattsituation der jugoslawischen Föderation hat als «Gegengift» den grossserbischen Reflex ausgelöst, der auch auf Kosten aller andern Gliedstaaten geht.

Die serbischen Schwierigkeiten mit den Albanern in Kosovo sind heute durch die Probleme überholt, die sich im Zusammenleben der eigentlichen Staatsnationen erge-

Fortsetzung auf Seite 4

LIEBE LESER

«Weg mit den Faschisten!» Das war auf Transparenten zu lesen, welche am 4. Februar auf der Moskauer Grosskundgebung mitgeführt wurden. Mit dem Ausdruck «Faschisten» wurden jene Leute vom Zentralkomitee bedacht, die am Einparteiensystem und am Marxismus-Leninismus festhalten wollen. Das könnte nebenbei ein Denkanstoss für jene hiesigen Leute sein, welche Marxismus und Faschismus als Gegensätze hinzustellen beliebten (oder es immer noch tun). Wider besseres Wissen übrigens, denn sonst hätten sie nicht gleichzeitig den Ausdruck «Nationalsozialismus» gescheut, wenn sie vom «Hitlerfaschismus» redeten.

Die Moskauer Demonstration von präzedenzlosem Ausmass vor der krisenhaften Tagung des KPdSU-Zentralkomitees dieser Woche machte noch etwas einsichtig: Die vielen Sowjetbürger, die von der Perestrojka schwer enttäuscht sind, weil sie wirtschaftlich nichts gebracht hat ausser noch mehr Warenmangel und Teuerung, sehnen sich «deshalb» noch keineswegs automatisch zurück in die vermeintliche Geborgenheit des autoritären Systems gehabter Art. Sicher gibt es solche, deren Reflexe so spielen, aber ein strassenkundig grosser Teil der Bevölkerung reagiert umgekehrt und macht Druck für eine Wende im osteuropäischen Sinn. Und Massenappeal haben diese Kräfte nicht nur im Baltikum, sondern eben auch in Russland. Die Alternative «Reformen oder Restauration» ist schwächer geworden gegenüber der Alternative «Wende oder Revolution». Der Wunsch, von einer Diktatur wegzukommen, ist nicht nur ausgewählten Völkern eigen, sondern der Gattung Mensch. Er kommt nicht immer gleich stark zum Ausdruck, aber jetzt begünstigt ihn die Zeit.

In den osteuropäischen Ländern hat er sich so gut wie durchgesetzt. Zu den relativen Nachzügler gehören die Bulgaren, aber auch von ihnen kann es sich lohnen, Denkanstösse aufzunehmen. Der neue Ministerpräsident Lukanow äusserte sich bei einem Interview in Davos über seine Vorstellungen von der politischen Zukunft seines Landes. Und zwar so, dass ihn der schweizerische Gesprächspartner interpellierte: «Aber da denken Sie doch offenbar an eine Demokratie westlichen Typs...» Und es war am kommunistischen Führer, die Antwort zu geben: «Das gibt es nicht. Die Demokratie ist universell, und anders als pluralistisch und rechtsstaatlich kann sie nicht sein.»

So viel für die Westler, welche der bürgerlichen Demokratie die sozialistische Demokratie entgegenzustellen liebten. Jetzt werden sie sitzen gelassen, was sie als Sitzengebliebene offenbart. Christian Brügger